



- Ich möchte **kostenlose Infos erhalten** über die „Schritte zur Abrüstung“
- Ich habe den **elektronischen Newsletter** auf der Website www.schritte-zur-abruestung.de abonniert und benötige keine weitere Info-Post.
- Ich möchte weiter ein- bis zweimal jährlich die **Info-Post** über die Schwerpunkte im Rahmen der „Schritte zur Abrüstung“ erhalten und überweise 5,- Euro für Porto, Druck- und Versandkosten an die DFG-VK, Kto-Nr. 8104600, BfS Köln, BLZ 370 205 00.
- Ich möchte **Mitglied** in der DFG-VK werden.

Ich möchte **Infos weitergeben** und bestelle folgende **Themenfaltblätter**:

- ... St. Schritte zur Abrüstung - kostenlos
- ... St. Wehrpflicht abschaffen! 5 St. 0,50 €
- ... St. Rüstungsexporte stoppen! 5 St. 0,50 €
- ... St. Atomwaffen verschrotten! 5 St. 0,50 €
- ... St. Umstellung fördern! 5 St. 0,50 €
- ... St. Konflikte zivil bearbeiten! 5 St. 0,50 €
- ... St. Auslandseinsätze beenden! 5 St. 0,50 €
- ... St. Europa abrüsten! 5 St. 0,50 €
- ... St. Wozu Bundeswehr? 5 St. 0,50 €

zuzüglich 2,50 € Versandkosten pro Bestellung

Datum und Unterschrift



Friedenspolitik braucht Organisation

Eine Politik der Abrüstung und zivilen Konfliktbearbeitung wird nicht vom Himmel fallen. Dafür braucht es Friedensorganisationen, die von staatlichen Mitteln und Interessen wie auch von Parteien und deren Machtkalkül unabhängig sind. Nur Friedensorganisationen mit fester Mitgliedschaft, festen Strukturen und eigenen Finanzmitteln können kontinuierlich auf die öffentliche Meinung Einfluss nehmen und ein Gegengewicht setzen zur Lobby der Militär- und Kriegsbefürworter. Es reicht nicht, erst dann zu protestieren, wenn wieder ein Krieg im Gange ist. Die Mitglieder der DFG-VK haben die Grundsatzklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner (War Resisters' International WRI) unterschrieben:

„Der **Krieg** ist ein **Verbrechen** an der **Menschheit**. Ich bin daher entschlossen, **keine Art von Krieg** zu unterstützen und an der **Beseitigung aller Kriegursachen** mitzuwirken.“

Weitere Infos: www.dfg-vk.de, www.schritte-zur-abruestung.de, www.auslandseinsatze-beenden.de, www.bundeswehrabschaffen.de

Dieses Faltblatt wird herausgegeben von der Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung“ der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk zur Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern, Schwanthalerstr. 133, 80339 München.

Konzept, Text und Vi.S.d.P.: Thomas Rödl c/o DFG-VK Bayern, Schwanthalerstr. 133, 80339 München
Gestsaltung: Kai-Uwe Dosch

Wir bitten um (steuerabzugsfähige) Spenden zur Finanzierung der Projekte der Bertha-von-Suttner-Stiftung auf das Kto.-Nr. 817 46 07, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00.

- Denkbar sind u.a. folgende Schritte im Rahmen eines Friedensprozesses:
- Einstellung aller offensiven Militäraktionen, Beschränkung auf Selbstverteidigung;
 - Verhandlungen über Befriedung der Provinzen und Abzug der Besatzungstruppen;
 - zivile Hilfe in Höhe der derzeitigen Ausgaben für den Militäreinsatz;
 - Wirtschaftshilfe und Infrastrukturprojekte zur Schaffung einer wirtschaftlichen Perspektive außerhalb des Drogenhandels;
 - Unterstützung von selbstbestimmten lokalen Projekte, die den Menschen eine Lebensperspektive eröffnen;
 - Unterstützung von afghanischen Nichtregierungsorganisationen, die die Menschenrechte verteidigen und für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie eintreten;
 - Bildung einer Internationalen Polizeitruppe aus islamischen Staaten, unter UNO-Kommando, aber ohne die NATO, die zur Kriegspartei geworden ist;
 - Einrichtung einer regionalen Konferenz für Sicherheit, Zusammenarbeit und Entwicklung unter Einbindung aller Nachbarstaaten;
 - Stärkung der lokalen staatlichen Strukturen unter Einbindung aller Parteien und Gruppierungen;
 - Schaffung von Kultur- und Bildungsangeboten, die vom religiösen Fundamentalismus unabhängig sind.

Weitere Hintergrundinformationen und detaillierter ausgeführte Friedenspläne siehe: www.schritte-zur-abruestung.de (Reader zur Situation in Afghanistan)

Parallel dazu muss in der demokratischen Öffentlichkeit aller Staaten, die Besatzungstruppen in Afghanistan stellen (i.e. die NATO, aber auch andere) die Diskussion geführt werden, wie das Interesse an der Versorgung mit Öl und Rohstoffen auf der Grundlage des Völkerrechts und auf der Grundlage gleichberechtigter Wirtschaftsbeziehungen verfolgt werden kann.



Was Sie tun können

Deutsche Soldaten kämpfen und töten in Afghanistan und kehren teils traumatisiert zurück. Auch Sie unterstützen diesen Krieg mit Ihren Steuern. Sicherlich, Sie persönlich sind nicht verantwortlich für diesen Krieg, wir auch nicht. Doch wer soll die Parteien, die „Volks“-Vertreter, die politischen Eliten dazu bringen, sich an den Friedensauftrag des Grundgesetzes und ans Völkerrecht zu halten, wenn nicht wir alle uns betroffen und verantwortlich fühlen und laut und deutlich unsere Meinung sagen?

Zwei Drittel der Bundesbürger sind für den raschen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Teile der Oppositionsparteien im Bundestag und einzelne Abgeordnete der Regierungskoalition sprechen sich ebenfalls gegen eine Verlängerung des Mandates für die Bundeswehr aus.

- Teilen Sie Ihrem Abgeordneten Ihre Meinung mit, schreiben Sie einen persönlichen Brief, in dem Sie auf die moralische und politische Verantwortung der Abgeordneten für die Kriegsoffer hinweisen. Anregungen dazu finden Sie auf unserer Homepage www.schritte-zur-abruestung.de!
- Beteiligen Sie sich an unseren E-Mail-Aktionen an Abgeordnete und unterstützen Sie unsere Zeitungsanzeigen. Aktuelle Informationen dazu gibt es über den Newsletter der Plattform und unter www.schritte-zur-abruestung.de

- Jeder Wehrpflichtige, Soldat und Reservist kann den Kriegsdienst verweigern. Völkerrechtswidrige Befehle dürfen nicht befolgt werden!
- Unterstützen Sie die Forderungen der Plattform „Schritte zur Abrüstung“ (hier mit dem Rückmeldeabschnitt oder im Internet) und machen Sie damit deutlich, dass Sie eine wirkliche Friedenspolitik wollen!
- Bestellen Sie dieses und andere Faltblätter und verteilen Sie sie weiter!

Was wir tun

Wir erstellen Informationsmaterialien und geben Denkanstöße z.B. durch dieses Faltblatt. Wir haben einen Reader mit Aufsätzen zum Thema Krieg in Afghanistan und eine Argumentationshilfe erstellt. Beide sind nachzulesen bzw. auch zu bestellen über unsere Internetseite www.schritte-zur-abruestung.de. Wir organisieren Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit ExpertInnen und Abgeordneten, erreichen damit Artikel in den lokalen Medien und helfen den BesucherInnen, ihre Argumente zu schärfen und zu fundieren. Wir schalten Zeitungsanzeigen, z.B. in der Frankfurter Rundschau oder im Neuen Deutschland, um breitere LeserInnenschichten anzusprechen. Diese Anzeigen werden ausschließlich über Spenden finanziert. Vor Bundestagsentscheidungen organisieren wir E-Mail-Aktionen, die den Abgeordneten die Meinung der BürgerInnen nahe bringen und führen wieder Gespräche mit Abgeordneten. Wir sammeln Unterschriften für Petitionen, z.B. bei der Kieler Woche oder beim Evangelischen Kirchentag, wir informieren die BürgerInnen mit Infoständen oder Friedensfahrradtouren.

Wir haben in den letzten Jahren erreicht, dass zunehmend kritische Berichte über den Krieg in Afghanistan in verschiedenen Medien gebracht werden, dass die skeptische und ablehnende Haltung vieler Menschen geblieben ist oder sich gefestigt hat trotz der massiven Verharmlosung und Verschleierung durch die Regierungen.

Mehr und mehr Menschen erkennen, dass der Krieg in eine Sackgasse führt und Verhandlungen notwendig sind. Wir könnten noch viel mehr erreichen, wenn Sie uns unterstützen!

Ihre Spende hilft uns, unsere Informations- und Öffentlichkeitsarbeit fortzusetzen; sie kostet Geld und ist in rein ehrenamtlicher Arbeit nicht zu leisten. Mehr noch hilft uns Ihre Mitgliedschaft in unserer Friedensorganisation, der DFG-VK.

Verhandeln statt schießen!



Afghanistan-Krieg beenden!

In Afghanistan findet ein Krieg mit deutscher Beteiligung statt. Aus einem Einsatz zur Stabilisierung des Wiederaufbaus ist ein Krieg gegen aufständische Kämpfer geworden. Die Bundestagsmandate für den Bundeswehr-Einsatz werden immer wieder verlängert und aufgestockt. Auch der Einsatz schwerer Waffen wird gefordert. Fordern Sie mit uns: Den Bundeswehr-Einsatz beenden – Verhandlungen unterstützen!



Krieg in Afghanistan

Nach dem Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen 1989 begann ein Bürgerkrieg zwischen verschiedenen Volksgruppen und Kriegsfürsten (ca. 1 Million Todesopfer). Aus dem Krieg ging 1996 die Partei der sog. Taliban als Sieger hervor. Sie errichtete ein extrem repressives und menschenfeindliches Regime entsprechend ihrer fundamentalistisch-religiösen Ideologie.

Für die Anschläge vom 11. 9. 2001 machten die USA die Al-Qaida-Organisation verantwortlich. Sie griffen Afghanistan an, um die dortigen Stützpunkte der Al-Qaida zu zerschlagen und gleichzeitig das Taliban-Regime zu beseitigen, was jedoch schon vor dem 11. 9. geplant war. Damit begann der weltweite sog. „Krieg gegen den Terror“ der USA und ihrer Verbündeten, die „Operation Enduring Freedom“ (OEF). Deutschland unterstützte diesen Krieg mit den geheimen Einsätzen der Elite-Einheit Kommando Spezialkräfte. Bis Ende 2001 wurden die Taliban vertrieben.

Die UNO beschloss 2001 ein Mandat für die „International Security Assistance Force“ (ISAF) zur Sicherung des Wiederaufbaus, die seit 2003 von der NATO geführt wird. Die Bundeswehr übernahm im Rahmen der ISAF die Sicherung der öffentlichen Ordnung, Versorgungsaufgaben und den Wiederaufbau der Infrastruktur im Norden Afghanistans.

Nach einer internationalen Konferenz 2001 wurde Hamid Karsai als Präsident eingesetzt, später gewählt. Die Regierung Karsai hat aber nicht, wie vom Westen erwartet, die breite Zustimmung in der Bevölkerung gefunden; v.a. die Paschtunen im Süden fühlen sich benachteiligt. Die letzten Wahlen haben hier keine Änderung gebracht, massive Vorwürfe der Manipulation beherrschen die Diskussion. Eine Stärkung der Zentralregierung ist nicht in Sicht. In den letzten Jahren sind die Taliban und andere Widerstandsgruppen stärker geworden, sie bekämpfen die Regierung und die NATO-Truppen. Inzwischen ist das ISAF-Mandat auf ganz Afghanistan ausgedehnt worden und von den OEF-Einsätzen nicht zu unterscheiden. Es herrscht Krieg zwischen den westlichen Truppen und den Aufständischen.

Die NATO hat den Sieg in Afghanistan zur Existenzfrage erklärt. Das bedeutet, der Krieg muss gewonnen werden, egal was es kostet und egal welcher Nutzen erzielt wird. Der Krieg wird ins Nachbarland Pakistan ausgeweitet und in Afghanistan intensiviert. Deutschland ist Kriegspartei!



US-amerikanische Interessen

Die USA wollen eine lang andauernde Anwesenheit mit ihren Truppen in Afghanistan. Ihre Strategen betrachten dieses Land als wichtige Position im „großen Spiel“ um die Öl- und Gasvorräte im Mittleren Osten, als strategische Basis gegenüber Russland, China und dem Iran. Afghanistan könnte auch ein wichtiges Durchgangsland für Pipelines werden.

Der „Krieg gegen den Terror“ dient nur als Vorwand; offensichtlich braucht es keine militärische Basis in irgendeinem Land, um irgendwo anders auf der Welt terroristische Anschläge begehen zu können. Präsident Obama und seine Berater verfolgen in Afghanistan die gleichen strategischen Ziele wie sein Vorgänger, sie verändern evtl. militärische Vorgehensweisen, um Opfer in der Zivilbevölkerung zu verringern. Sie setzen vermehrt auf den Einsatz von Bodentruppen und die Zusammenarbeit mit den Milizen von regionalen Stammesfürsten. Das angebliche Ziel, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu erreichen, spielt keine Rolle mehr.

Deutsche Interessen

Die rot-grüne Regierung hatte nach den Anschlägen vom September 2001 den USA die uneingeschränkte Solidarität erklärt. Deutschland hat einerseits gleichgerichtete strategische Interessen wie die USA an der Sicherung des Zugangs zu den Rohstoffen. Andererseits demonstriert Deutschland die Fähigkeit, in weit entfernten Gebieten Krieg führen zu können, und unterstreicht damit seinen Anspruch, machtpolitisch mitspielen zu wollen. Deutschlands Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt, weil mit „Sicherheit“ die Aufrechterhaltung der militärischen und ökonomischen Überlegenheit der NATO-Staaten gemeint ist.

Die Regierung ist sich jedoch darüber im Klaren, dass der deutschen Bevölkerung diese ungeschminkte Beschreibung deutscher Interessen nicht zumutbar ist. Ein Krieg zur Behauptung strategischer Positionen hat keine politische und rechtliche Legitimation. Daher werden speziell in Deutschland andere Kriegsgründe genannt, wie z.B. der Schutz einer demokratischen Regierung, der Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen, die Sicherung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte der Frauen.

Kein Frieden durch Krieg

Neun Kriegsjahre in Afghanistan haben gezeigt:

- Es gibt kein Konzept für den Aufbau eines Staates durch Intervention von außen; die Loyalität einzelner Stämme und Parteien kann nicht erzwungen werden.
- Die reale Macht in den Provinzen liegt bei patriarchalischen Stammesführern, Warlords und Drogenbaronen, nicht bei der Regierung oder den Besatzern.
- Die wirtschaftliche Lage der Masse der Menschen hat sich nicht verbessert.
- Für 2010 rechnen allein die USA mit 110 Mrd. US\$ an Militärfürkosten, für den gesamten Zeitraum 2002-2008 wurden nur 25 Mrd. US\$ Hilfgelder zugesagt, ausgezahlt gerade 15 Mrd. US\$.
- Aktuell werden die Kosten des deutschen Militäreinsatzes auf mehr als 11 Mrd. Euro geschätzt (DIW).
- Jede Militäraktion gegen die Taliban fordert zivile Opfer und schafft neue Feinde der NATO.

- Egal ob „ISAF“ (offiziell Wiederaufbau) oder „OEF“ (offiziell Terrorbekämpfung): Heute werden alle ausländischen Truppen zunehmend als Besatzer betrachtet.
- Der Krieg gegen afghanische Guerillakämpfer ist nicht zu gewinnen.
- Wiederaufbau und Sicherheit sind unter Kriegsbedingungen nicht möglich.

Mit der Entsendung der Tornado-Bomber und später der „Schnellen Eingreiftruppe“ hat die Bundeswehr die Schwelle zu einem wirklichen Kampfeinsatz überschritten. Deutsche Soldaten töten – auch Zivilisten – und werden getötet. Das zeigt sich im Bombardement von Kundus und in der steigenden Zahl von getöteten Soldaten der Bundeswehr.

Die Bundesregierung ist mitverantwortlich für die Eskalation des Krieges, für die Zerstörung von Dörfern und die Tötung von Zivilisten, wenn sie die Bundeswehr nicht zurückruft!



Alternativen

Notwendig sind Verhandlungen zwischen allen Kriegsparteien über einen Waffenstillstand und einen Friedensprozess. Inzwischen gibt es in Afghanistan Ansätze eines Verhandlungsprozesses. Vertreter der Regierung und verschiedener Widerstandsgruppen haben sich zu Gesprächen getroffen.

Die deutsche Regierung könnte hier eine konstruktive Rolle spielen und diese Friedensansätze diplomatisch unterstützen. Grundlage dazu muss aber vorrangig das Zurückfahren des militärischen Engagements und dessen absehbare Beendigung sein.

Schritte zur Abrüstung



Krieg ist wieder ein Mittel der Politik geworden. Krieg ist aber die falsche Antwort auf Terrorismus und andere Bedrohungen. Militär löst keine Konflikte.

Notwendig ist die Bearbeitung und Lösung von Konflikten mit gewaltfreien und zivilen Mitteln.

Daher fordern wir als Schritte zur Abrüstung:

- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Eine deutliche Verkleinerung der Bundeswehr und die Abschaffung der Wehrpflicht
- Abzug aller Atomwaffen aus der BRD
- Kürzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 % jährlich
- Stopp aller Rüstungsexporte
- Förderung ziviler Konfliktbearbeitung und der Friedensforschung mit 500 Mio. Euro jährlich
- Entmilitarisierung der Europäischen Union

Hiermit erkläre ich meine Zustimmung zu den Forderungen. Mit der Veröffentlichung meines Namens/meiner Funktion bin ich einverstanden/nicht einverstanden (Unzutreffendes streichen).

Name:

Funktion:

Straße:

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift:

Weitere Informationen:
www.schritte-zur-abruestung.de

Info-Scheck

Bitte im frankierten Briefumschlag einsenden!

DFG-VK

Materialversand

Haußmannstr. 6

70188 Stuttgart

Absender/in:

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Telefon/E-Mail:

Ich möchte **kostenlose Infos erhalten** über...

die Organisation **DFG-VK**

Zivilcourage, die Zeitschrift der DFG-VK

weitere Aktionen „**Schritte zur Abrüstung**“